Wahlprüfsteine: BUND Nordschwarzwald u.a.

- **Landesnaturschutzverband (Enzkreis und Pforzheim)**
- **NABU Gäu-Nordschwarzwald**
- **Greenpeace Pforzheim**
- **Fridays for Future Pforzheim**
- **Radverkehrsinitiative Critical Mass Pforzheim**

Biodiversität und Artenschutz

Erläuterungen BUND: *Der durch das Artensterben ausgelöste Verlust genetischer Vielfalt gilt als eine der größten globalen Bedrohungen. Wissenschaftlich eindeutig dargestellt wird das in der Studie der Planetaren Grenzen (2009) und im 2015 erschienen Artikel „Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet".*

Als Grundlage für den Naturschutz in Baden-Württemberg wurde 2014 die „Naturschutzstrategie Baden-Württemberg – Biologische Vielfalt und naturverträgliches Wirtschaften – für die Zukunft unseres Landes" veröffentlicht. „Das zentrale Ziel der Naturschutzstrategie ist es, den Verlust der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2020 vollständig zu stoppen und die biologische Vielfalt in Teilbereichen sogar zu erhöhen", so die Landesregierung. Das Ziel konnte nicht erreicht werden. Besonders deutlich zeigt sich der Verlust mit Blick auf unsere Insektenwelt. „Die Artenvielfalt von Insekten ist auch in Baden-Württemberg im Offenland alarmierend niedrig. Eine hohe Vielfalt der Arten ist fast nur noch in Naturschutzgebieten zu finden," so die LUBW am 20.11.2020.

Frage	**Antwort**
Wie wollen Sie vor Ort die Biodiversität stärken und die Arten vor einem weiteren Rückgang bewahren?	Investitionen in den Naturschutz zahlen sich aus – für den Erhalt der Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaften. Deshalb wollen wir die finanziellen Mittel weiter erhöhen – auf 150 Millionen Euro pro Jahr bis 2026. Unsere ambitionierte Naturschutzstrategie wollen wir weiter umsetzen und fortschreiben. Wir wollen der Natur mehr Raum geben. Auch dafür ist der Nationalpark Schwarzwald da. Ihn wollen wir stärken sowie ein weiteres Biosphärengebiet entwickeln. Die bestehenden Biosphärengebiete im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb wollen wir weiter aufwerten, ebenso die naturschutzfachliche Arbeit der Naturparks. Indem wir den Biotopverbund konsequent verwirklichen sowie für die Erstellung von Regional- und Flächennutzungsplänen verbindlich vorschreiben, schaffen wir so auch ein engmaschiges Netz, um Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten miteinander zu verbinden. Für besonders gefährdete Arten übernehmen wir Verantwortung und stärken Artenschutzprojekte. So setzen wir uns für eine aktive Bestandsstützung des Luchses in Baden-Württemberg ein. Mit einem neuen Programm wollen wir wertvolle Naturschutzflächen dauerhaft sichern: Bis 2026 sollen in den vier Regierungsbezirken

	im Land mindestens 20 neue Naturschutzgebiete entstehen, wobei wir auf Biotopverbünde achten. Das Sonderprogramm Biologische Vielfalt mit 18 Millionen Euro pro Jahr wollen wir fortführen. Dazu gehören u.a. Naturschutzmaßnahmen in Land- und Forstwirtschaft und Ballungsräumen sowie ein dauerhaftes Monitoring, wie sich die Insekten und die insektenfressenden Arten entwickeln. Zudem haben wir über 60 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt, um das Biodiversitätsstärkungsgesetz umzusetzen. Dabei werden zum Beispiel unsere Bäuerinnen und Bauern unterstützt, Pflanzenschutzmittel zu reduzieren. Auch Bildung und Beratung werden gefördert. Unser zentrales Projekt für die kommende Legislatur in diesem Bereich: Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und Naturschutz auf den Weg bringen und dabei auch die Lebensmittelindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass sich Landwirtschaft wieder lohnt und die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen bezahlt werden. Hier ist nicht nur die Politik gefragt, sondern alle, die an der Wertschöpfungskette beteiligt sind.: Profitieren sollen davon nicht zuletzt auch der Klima- und der Artenschutz.
Der genetische Austausch trägt maßgeblich zum Überleben einer Art bei. Wie wollen Sie die Ökosysteme im Landkreis und über die Landkreise hinaus miteinander verbinden?	Der Ausbau des landesweiten, funktionalen Biotopverbunds ist ein wichtiger Bestandteil des Biodiversitätsstärkungsgesetz, das am 31. Juli 2020 in Kraft getreten ist. Bis 2030 soll es auf mindestens 15 Prozent des Offenlandes umgesetzt werden. Große Bedeutung kommt dabei den Kommunen zu, die für die Erstellung und Umsetzung von Biotopverbundplänen zuständig sind. Gefördert wird die Erstellung dieser Plänen mit bis zu 90 Prozent über die Landschaftspflegerichtlinie (LPR). Die Landschaftspflegemaßnahmen, die zur Umsetzung notwendig sind, sollen auch weiterhin mit bis zu 70 Prozent über die LPR gefördert werden. Unterstützt werden die Kommunen bei der Planung und Umsetzung von den Landschaftserhaltungsverbänden. Diese hat das Land dafür personell nochmals verstärkt.

Wald

Erläuterungen BUND: *„Die Waldzustandserhebung 2019 bestätigt leider: Unserem Wald geht es nicht gut. Genauer gesagt, es ging ihm seit Beginn der Erhebungen im Jahre 1984 noch nie so schlecht," so Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner.*

Frage	**Antwort**
Brauchen wir im Wald eine Zielkorrektur in Richtung Ökologie und Klimaschutz zugunsten von ökonomischen Interessen? Wie ist Ihre Strategie. Mehr Gebote/Verbote oder mehr Freiwilligkeit?	Ja, wir brauchen dringend eine Zielkorrektur. Der desaströse Zustand unserer Wälder zeigt, wie dringend der Handlungsbedarf ist. Wenn wir die Ökologie nicht mitdenken, werden wir unsere Wälder nicht dauerhaft ökonomisch nutzen können! Ökologie und Ökonomie müssen wieder ins Gleichgewicht kommen. Wir wollen die gute fachliche Praxis im Waldgesetz stärker verankern. Das heißt: einerseits Standards hochsetzen und

	andererseits Waldumbau und Waldaufbau fördern, gerade im Privatwald und Kleinprivatwald. Im Wahlprogramm haben wir unter anderem folgende Ziele festgeschrieben: Der Waldbau der Zukunft wird der Dauerwald sein, der naturnah angelegt und nachhaltig bewirtschaftet wird. Wälder, die sich naturnah entwickeln können, sind besser gegen Austrocknung, Stürme, Brände und Schädlingsplagen gewappnet als Nadelholz-Monokulturen. Deshalb wollen wir den Waldumbau insbesondere im Kleinprivatwald weiter vorantreiben und unterstützen – hin zu artenreichen Mischwäldern und naturnaher Waldwirtschaft. Die Naturverjüngung mit heimischen Laubbaumarten muss dabei Vorrang haben, dafür sind angepasste Wildbestände zur Reduktion des Wildverbisses nötig. Wir werden prüfen, in welchem Maße der öffentliche Wald – Staatswald und kommunaler Wald – seiner Vorbildfunktion in Sachen Nachhaltigkeit tatsächlich gerecht wird und wo Verbesserungen nötig sind. Die FSC- oder Naturland-Zertifizierung soll dabei das flächendeckende Nachhaltigkeits-Siegel und damit das Gütekriterium für unseren Wald sein. Die Zukunft des Waldes hängt auch von gut aus- und weitergebildeten Menschen ab, die den Waldumbau voranbringen. Das Land soll auch über 2021 hinaus 100 Ausbildungsplätze für Forstwirt*innen finanzieren: für eine klimapositive Forstwirtschaft. Wir setzen die Gesamtkonzeption Waldnaturschutz von ForstBW konsequent um. Das Landeswaldgesetz wollen wir optimieren, um den Erholungswert des Waldes zu stärken und Standards für eine schonende Bewirtschaftung zu setzen.
Der Forst ist immer noch männlich dominiert. Brauchen wir einen Wandel? Wenn ja, wie hoch sollte der Frauenanteil liegen und wie wollen Sie das erreichen?	Wir wünschen uns grundsätzlich, dass Frauen und Männer in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen haben. Um dahin zu kommen, wollen wir die unterschiedlichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst des Landes mit einem statistischen Tool erfassen und miteinander vergleichen. Das Messinstrument beruht auf einem analytischen Verfahren der diskriminierungsfreien Arbeitsbewertung. Unterrepräsentierte Gruppen laden wir mit einer breiten Kampagne dazu ein, sich für eine Ausbildung oder eine Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst zu entscheiden. Gleichzeitig achten wir darauf, dass der öffentliche Dienst diskriminierungsfrei ist.

Landwirtschaft

Erläuterungen BUND: *„Die Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Die Zahl der Betriebe und der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen nimmt ab. Die Mengen der erzeugten Produkte sind hingegen stark gestiegen. […] Die enorme Erzeugungssteigerung hat ihre Ursache in der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produktionsweisen," so der Deutsche Bauernverband. Die Kehrseite stellt das Umweltbundesamt dar: Die „Intensivierung hinterlässt Spuren. Der Einsatz von Maschinen zur Bodenbearbeitung und Ernte sowie die Ausbringung von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln findet in der Landschaft statt und beeinflusst den Boden, das Wasser, die Luft und die in der Agrarlandschaft lebenden Tiere und Pflanzen (allgemein Biodiversität). […] Ausgebrachte Pflanzenschutzmittel [Pestizide] und in den Düngemitteln enthaltene Schwermetalle, Schadstoffe und Rückstände von Arzneimitteln aus der*

Intensivtierhaltung stellen weitere potenzielle Gefahren für terrestrische und aquatische Ökosysteme dar. Weitere Folgen sind der Verlust der Artenvielfalt und der mit Landnutzungsänderungen (vor allem Grünlandumbruch, Moornutzung und Rodung von Wäldern), der Ausbringung von Düngemitteln, der Bodenbearbeitung und Tierhaltung verbundene Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase. Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands 7,3 Prozent (ohne landwirtschaftliche Landnutzung und Landnutzungsänderungen, ohne Emissionen aus Mineraldüngerproduktion). Sie steht damit noch vor der Industrie auf Platz zwei der Hauptemittenten (Platz eins: Energiebereich 86,3 Prozent).“

Die Landwirtschaft im Nordschwarzwald stellt sich im Vergleich zu anderen Regionen und Bundesländern in Summe strukturreicher und kleinteiliger dar und wir haben viele gute Beispiele für eine nachhaltige Landwirtschaft. Mit Blick auf die nationale und internationale Konkurrenzsituation müssen sich aber auch die Betriebe bei uns weiter professionalisieren, also effizienter und größer werden. Da der Markt nicht bereit ist, einen gerechten Preis für eine nachhaltige Landwirtschaft zu zahlen und die Politik versagt und weiter auf Freiwilligkeit sowie Anreize setzt, werden die Kosten externalisiert und in großem Maße auf Natur und Umwelt abgewälzt. Die negativen Folgen sind auch bei uns sichtbar geworden. Traurige Negativbeispiele der Region waren 2020 der Schlachthof-Skandal in Gärtringen oder die massenhaften Corona-Erkrankungen von 415 Mitarbeitenden von Müller-Fleisch.

Frage	**Antwort**
Wie wollen Sie eine tier-, mensch-, umwelt- und klimagerechte Landwirtschaft erreichen? Wie ist Ihre Strategie? Brauchen wir mehr Gebote/Verbote, oder mehr Freiwilligkeit? Für was wollen Sie sich persönlich einsetzen?	Unsere zentralen Maßnahmen: Wir wollen das Biodiversitätsstärkungsgesetz umsetzen. Das bedeutet u.a.: Wir reduzieren die Pestizide um 50 Prozent und steigern den Ökolandbau-Anteil bis 2030 auf 40 Prozent (aktuell liegt er bei 14 Prozent). Ein besonderes Anliegen ist uns, bio-regionale Lebensmittel in den kommenden fünf Jahren sowohl in landeseigenen als auch in kommunalen Kantinen zu verankern. Für Baden-Württemberg wollen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft initiieren. Ziel sind faire Preise und ein auskömmliches Wirtschaften unserer bäuerlichen Betriebe einerseits, und mehr Natur-, Klima-, Tier- und Umweltschutz andererseits. Das wollen wir erreichen, indem wir neben Landwirtschaft und Naturschutz auch Handel, die verarbeitenden Betriebe sowie die Verbraucher*innen einbeziehen. Wir wollen zudem eine Moornutzungsstrategie entwickeln und umsetzen. Mit Blick auf eine tier- und klimaverträgliche Landwirtschaft brauchen wir grundsätzlich beides: gesetzliche Mindeststandards (s. beispielsweise Borchert-Kommission für die Tierhaltung) und Anreize, wie sie in unseren Kulturlandschaftsprogrammen verankert sind.
Streuobstwiesen gelten als ökologische Hotspots, als Kleinode, Perlen und wertvolles Erbe. Wie	Den Abholzungen durch Flächeninanspruchnahme haben wir durch das Biodiversitätsstärkungsgesetz insofern einen Riegel vorgeschoben, als dass an anderer Stelle neu gepflanzt werden muss. Das geplante Insektenschutzgesetz des Bundes sieht eine

wollen Sie den weiteren Rückgang von Streuobstwiesen durch: • Abholzungen für Flächeninanspruchnahmen, oder • Absterben wegen fehlender Pflege verhindern? Wie wollen Sie die Arbeit der Menschen und die Früchte (Apfel, Birnen …) in Wert setzen?	Unter-Schutz-Stellung der Streuobstbestände als geschütztes Biotop vor. • Wir legen einen Schwerpunkt auf Erhalt und Schutz der zusammenhängenden Streuobstgebiete. Mit den betroffenen Kommunen wollen wir dazu eine gemeinsame Strategie erarbeiten. • Im Streuobstparadies am Albtrauf liegt der größte zusammenhängende Streuobstgürtel Europas. „Streuobst aus Baden-Württemberg“ wollen wir zu einer einheitlichen Marke entwickeln und offensiv bewerben. Insbesondere die Landeskantinen – im zweiten Schritt auch alle öffentlichen Kantinen – sollen Streuobstsaft anbieten. • Den Ausbau der Streuobstbestände wollen wir auch mit Landesmitteln weiter fördern. Unser Ziel ist es, den Streuobstbestand zu erhalten und auszubauen. • Wir prüfen ein Streuobstzentrum im Land einzurichten. Es könnte einerseits als touristischer Hotspot fungieren. Andererseits wäre es Produktionsstätte, Vernetzungsort und Aushängeschild dieser wichtigen Landschaft.

Flächenschutz

Erläuterungen BUND: *„Die Bundesregierung hat das Ziel von unter 30 Hektar täglicher Flächenneuinanspruchnahme im Jahr 2030 formuliert. Für Baden-Württemberg leitet sich daraus […] ein Zielwert von unter 3 Hektar pro Tag ab. Langfristiges Ziel für Baden-Württemberg ist die Netto-Null.“ Wie auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordern wir, „dass ab 2030 keine neuen Flächen mehr zur Bebauung ausgewiesen werden, wenn nicht an anderer Stelle ein Ausgleich für die Natur geschaffen wird.“ Ziel muss einen Netto-Null-Zustand bis spätestens 2030 sein. Der Flächenschutz würde sich direkt auf Gewerbe, Wohnbebauung und Straßeninfrastruktur auswirken.*

(Interkommunale) Gewerbegebiete werden gerne im Wald oder auf der Grünen Wiese geplant. Sie zerstören unsere Ökosysteme und zerschneiden die Landschaft. Beispiele sollen für das geplante Gewerbegebiet Ochsenwäldle von Pforzheim 61 Hektar gesunder Mischwald gerodet werden.

In der Stadt wie auch auf dem Land zeigt sich seit Jahren ein großer Wohnraumbedarf. Die Preise für Wohnraum deutlich gestiegen. Das Ziel vieler Menschen ist immer noch ein Haus im Grünen mit entsprechend hohen Flächenverlusten. In der Stadt fehlt es an bezahlbarem Wohnraum mit entsprechenden sozialen Folgen.

Für Straßen werden weiterhin riesige Flächen verschwendet. Prominentes Beispiel ist der Dannenröder Forst in Hessen, wo 85 Hektar ökologisch gesunder Mischwald gerodet, 250 Hektar weitere Flächen versiegelt und die Trinkwasserversorgung von 500.000 Menschen gefährdet werden.

Frage	**Antwort**
Der Gewerbe- und Wohnflächenbedarf wird weiterhin als lineare Funktion angegeben. Die Kommunen versuchen, diese Vorgaben zu erfüllen. Dies widerspricht den Grenzen des Wachstums. Wie wollen Sie den Flächenverlust stoppen?	Flächenschutz ist Natur- und Artenschutz und hat hohe Priorität. In der nächsten Wahlperiode wollen wir den täglichen Flächenverbrauch für Siedlungszwecke auf drei Hektar pro Tag begrenzen. Dazu werden wir in Modellregionen handelbare Flächenausweisungszertifikate erproben. Dem Leitsatz „Innenverdichtung vor Außenentwicklung“ wollen wir weiter folgen, denn er wirkt der Zersiedlung der Landschaft entgegen. Die Innenverdichtung muss jedoch so erfolgen, dass

	innerstädtische Freiflächen erhalten bleiben. Denn sie sind für Gesundheit, Wohlbefinden und ökologische Vielfalt unabdingbar. Um den Flächenverbrauch einzudämmen, soll bezahlbarer Wohnraum durch Bauen nach oben entstehen. Nachdem verschiedene Hemmnisse für Aufstockungen in der Landesbauordnung ausgeräumt wurden, wollen wir ein entsprechendes Förderprogramm auflegen. Flächen sind ein begrenztes Gut. Deshalb ist es uns Grünen wichtig, schonend damit umzugehen. Grundlage für die Raumordnung im Land ist der Landesentwicklungsplan (LEP) aus dem Jahr 2002. Er steckt zentrale Ziele ab: die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Wirtschafts- und Wohnstandort zu sichern, die Funktion von Land- und Forstwirtschaft zu erhalten und angemessene Gestaltungsmöglichkeiten für kommende Generationen zu bewahren. Mit Blick auf diese Ziele stehen wir vor großen neuen Herausforderungen! Deshalb muss der LEP novelliert werden, um dem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Flächeneinsparung noch mehr Gewicht zu geben.
BUND und NABU fordern: „Auf den Neubau von Straßen ist grundsätzlich zu verzichten. Künftige Verkehrsplanungen sind zumindest flächenneutral sowie verkehrsträgerübergreifend durchzuführen.“ Werden Sie sich dafür einsetzen?	Baden-Württemberg hat ein gut ausgebautes Straßennetz. Vielerorts ist es aber in die Jahre gekommen. Bei der Sanierung der Bundes- und Landestraßen sind wir bereits vorangekommen. Einen neuen Schwerpunkt werden wir auf die Brücken legen. Darüber hinaus steht der Umbau von Straßen an. An vielen Orten gilt es, Fahrspuren für umweltfreundliche Verkehrsmittel freizugeben: Busse, E-Autos und mehrfach besetzte Fahrzeuge sollen eigene Spuren erhalten. Auch Ampeln sollen Fahrrädern und anderen klimaneutralen Verkehrsmittel Vorrang geben. Der Aus- und Neubau kann in Ausnahmefällen sinnvoll sein, wenn die Verkehrsmenge es erfordert oder Menschen auf diese Weise von Lärm- und Schadstoffemissionen entlastet werden können. Dabei gilt es, primär die bestehenden Achsen auszubauen und verkehrsträgerübergreifend zu planen. So können wir vermeiden, neue große Schneisen ins Land zu schlagen.
Werden Sie sich für die Nichtverlängerung des § 13b Baugesetzbuch (Ausweisung neuer Wohngebiete im bisherigen Außenbereich im Anschluss an bebaute Ortsteile im vereinfachten Verfahren) im Bundesrat und beim Bund einsetzen?	Die heute mögliche Baugebietsausweisung mit beschleunigtem Verfahren und ohne Umweltprüfung nach Paragraf 13b Baugesetzbuch lehnen wir in der derzeitigen Form ab. Diese Haltung werden wir im Bundesrat und im Bund vertreten. Wenn diese gesetzliche Regelung dennoch verlängert werden sollte, werden wir darauf hinarbeiten, dass entsprechende Baugebiete bestimmte Kriterien zu erfüllen haben. Dazu gehören etwa Wohnraummangel vor Ort, eine erhöhte Dichte, ein definierter Mindestanteil an günstigen Mietwohnungen, Anbindungen an den ÖPNV sowie an die Radwegeinfrastruktur.

Klimaschutz

Erläuterungen BUND: *„Mit dem Übereinkommen von Paris verpflichten sich alle Staaten der Welt, Maßnahmen zum Klimaschutz durchzuführen, um die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C bzw. 1,5°C gegenüber*

vorindustriellem Niveau zu begrenzen. […] Die globalen Risiken für das Klimasystem, Natur und Mensch sind bereits bei 1,5°C globaler Erwärmung höher als bisher angenommen. […] Um die Erderwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen, ist eine radikale Reduktion der Treibhausgasemissionen weltweit insbesondere bis 2030 erforderlich." (Umweltbundesamt)

Internalisierung von Kosten für Treibhausgase

Eine Bepreisung von Treibhausgasen ist entscheidend für die Transformation des Energiesektors. Laut Umweltbundesamt lagen die Klimakosten 2016 pro Tonne Treibhausgas bei rund 180 €. Diese Kosten werden von der Allgemeinheit getragen und werden auf das Konto zukünftiger Generationen geschrieben. Es findet eine Externalisierung der Kosten statt.

Ab Januar 2021 liegt der Preis pro Tonne CO_2 bei 25 Euro und soll dann schrittweise bis 2025 auf bis zu 55 Euro erhöht werden. „Für das Jahr 2026 soll ein Preiskorridor von mindestens 55 und höchstens 65 Euro gelten," so die Bundesregierung. Mit Blick auf die Kosten reicht dieses Ziel nicht aus.

Die Stadt Stuttgart hat 2020 für alle Wirtschaftlichkeitsberechnungen einen CO_2-Preis von 50 Euro pro Tonne CO_2 eingeführt und erhöht den Preis jährlich um 15 Euro.

BUND und NABU fordern, dass für Wirtschaftlichkeitsberechnungen ein Schattenpreis von 180 Euro je Tonne CO_2 in allen Bereichen des Verwaltungshandelns einberechnet wird.

Frage	**Antwort**
Sollte der CO_2-Preis des Landes Baden-Württemberg nach Ihrer Ansicht unter dem Preis der Landeshauptstadt Stuttgart (50 Euro Startpreis für Wirtschaftlichkeitsberechnungen) liegen? Wenn nein, für welchen Preis werden Sie sich einsetzen?	Ein adäquater CO_2-Preis ist die zentrale Stellschraube für schnellstmögliche Klimaneutralität. In unserem Wahlprogramm fordern wir einen CO_2-Schattenpreises in Höhe von 180 Euro pro Tonne. Die Landesverwaltung hat bereits verschiedene Pilotprojekte dazu durchgeführt (z. B. beim Neubau JVA Rottweil). Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet. Wir setzen uns dafür ein, einen Schattenpreis in dieser Höhe in mehreren Bereichen der Landesverwaltung in der kommenden Wahlperiode einzuführen.
Wie hoch soll der Preis nach Ende der Wahlperiode 2025 liegen? Warum soll er so hoch liegen?	Wir rechnen derzeit mit 180 Euro pro Tonne. Grundlage ist dafür die Veröffentlichung des Umweltbundesamtes. Wir gehen davon aus, dass die ökologischen Kosten einer Tonne CO_2 in den nächsten Jahren rasant steigen werden. Entsprechend müsste auch ein CO_2-Schattenpreis angepasst werden. Umgekehrt müsste ein tatsächlich zu entrichtender CO_2-Preis abgezogen werden.

Energiewende Verwaltung

Frage	**Antwort**
Was sind Ihre energetischen Ziele für die Landesbetriebe? Wie viel kann sofort eingespart werden?	Das aktuelle Energie- und Klimaschutz-Konzept der Landesverwaltung setzt sich ans Ziel, die Emissionen bis 2040 um 80 Prozent zu reduzieren. Dies ist konservativ gerechnet. Viele öffentlichen Gebäude hängen an einer – heute noch fossilen – Fernwärmeversorgung. Da der Kunde – in diesem Fall das Land – dies nicht direkt ändern kann, bleibt es vorerst bei einem Sockel von 20 Prozent. Umgekehrt werden wir uns dafür einsetzen, dass die Wärmeversorgung in Baden-Württemberg schnellstmöglich auf Erneuerbare Energien umgestellt wird. Die

	Pflicht zu einer kommunalen Wärmeplanung ist dafür ein erster wichtiger Schritt.
Wie beziehen Sie externe Umweltkosten, beispielsweise für Treibhausgase, in Ihre Kalkulationen mit ein?	Die externen Umweltkosten beziehen wir über den CO_2-Schattenpreis in unsere Kalkulationen ein.

Energiewende Gebäude und Wohnen

Frage	Antwort
Viel Energie geht immer noch durch schlecht isolierte Dächer oder Fassaden und veraltete Fenster verloren. Viele alte Gebäude haben immer noch ineffizient Ölheizungen. Wie erhöhen Sie die Modernisierungsquote im privaten Sektor?	Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig eine kommunale Wärmeplanung vornehmen und umsetzen müssen. Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer eine neue Heizung einbaut, soll künftig mindestens 25 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Quellen beziehen. Darüber hinaus sollen keine neuen Ölheizungen mehr verbaut werden und Betriebsbeschränkungen für bestehende Ölheizungen abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle geprüft werden. Auch die Sanierung von kälte- und wärmeintensiven Prozessen in der Industrie werden wir vorantreiben.
Wie erhöhen Sie den Anteil an regenerativen Energie zur Wärme- und Stromgewinnung im privaten Sektor? Was sind aus Ihrer Sicht die größten Hindernisse und wie wollen Sie Hindernisse abbauen?	Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig eine kommunale Wärmeplanung vornehmen und umsetzen müssen. Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer eine neue Heizung einbaut, soll künftig mindestens 25 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Quellen beziehen. Darüber hinaus sollen keine neuen Ölheizungen mehr verbaut werden und Betriebsbeschränkungen für bestehende Ölheizungen abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle geprüft werden. Auch die Sanierung von kälte- und wärmeintensiven Prozessen in der Industrie werden wir vorantreiben.

Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie

Frage	Antwort
Viele Unternehmen tragen in der Region direkt, indirekt und durch Pendler- und Logistik-Verkehre zu einem großen Teil zum Energieverbrauch bei. Wie wollen Sie den Energieverbrauch senken und den Einsatz regenerativer Energien stärken? Wie sollen unvermeidbare Emissionen ausgeglichen werden?	Wir können mobil sein – auch mit deutlich weniger Autos und weniger Energieverbrauch. Ganz ohne Autos aber ist Mobilität vielerorts kaum denkbar oder extrem aufwändig. Deshalb fordern wir eine schnelle Elektrifizierung aller Kraftfahrzeuge. Im Jahr 2030 soll jeder dritte Pkw klimaneutral unterwegs sein. Dafür müssen wir die Infrastrukturen schaffen. Wir haben in Baden-Württemberg in kürzester Zeit eine exzellente flächendeckende Ladeinfrastruktur aufgebaut. Mit den ersten öffentlichen innerstädtischen Schnell-Ladeparks in Deutschland sorgen wir dafür, dass der Hochlauf bei der Elektromobilität nicht ins Stocken kommt, sondern weiter Fahrt aufnimmt. Mit einer

	Ladeinfrastruktur-Offensive werden wir noch einmal eine Schippe drauflegen. Welche Emissionen sind unvermeidbar? Tatsächlich sind Emissionen, die hier oft genannt werden, doch vermeidbar. Allerdings nur durch technische Maßnahmen, die momentan für die Unternehmen nicht wirtschaftlich sind. Ein Beispiel ist „Grüner Stahl“. Also Stahl, bei dessen Herstellung molekularer Wasserstoff statt Koks als Reduktionsmittel verwendet wird. In diesem Fall sind die sogenannten “Carbon Contracts of Difference” das Mittel der Wahl – also implizite staatliche Garantien für einen hohen CO_2-Preis, verbunden mit Abnahmegarantien. Wirklich unvermeidbare Emissionen (oder kurzfristig unvermeidbare Emissionen) sollten kompensiert werden. Wichtig ist dabei, dass die Kompensation dauerhaft und zusätzlich ist und nicht doppelt angerechnet wird. Das bedeutet Kompensation nach dem CDM-Goldstandard.
Wie wollen Sie einen Wechsel zu weniger motorisierten Individualverkehren und zu weniger Transportwegen von Gütern auf der Straße erreichen?	Wir wollen die Wahl der Verkehrsmittel klimafreundlich verbessern, also mehr Leute dazu bringen, das Auto stehen zu lassen. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Kilometer verdoppeln, die Fahrgäste mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen. Das funktioniert nur, wenn Bahnen und Busse flächendeckend im dichten Takt verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und preislich attraktiv sind. Auch der Schienenverkehr muss als wichtige Säule des öffentlichen Verkehrs weiter ausgebaut werden. Das haben wir in den vergangenen Jahren kontinuierlich getan und sind unserem Ziel mit großen Schritten nähergekommen. Ein „Weiter so“ ist hier ein grüner Garant für mehr umweltfreundlichen Verkehr. Wir werden im ganzen Land den Mindeststandard des Stundentakts von 5 bis 24 Uhr umsetzen und auf vielen Strecken den Halb- oder Viertelstundentakt realisieren. Bis zum Jahr 2030 können dann die allermeisten Bus- und Bahnfahrgäste in Baden-Württemberg mindestens im Halbstundentakt fahren. Wir wollen dazu die Kapazitäten weiter ausbauen und den ÖPNV zur Pflichtaufgabe von Kommunen machen. Bis 2030 soll zudem auch jede dritte Tonne im Güterverkehr klimaverträglich transportiert werden: mit Bahn, Binnenschiff, E-Lkw oder regenerativem Kraftstoff. Die Güterbahn muss weiter gefördert werden. Wir werden das Schienennetz ertüchtigen und es weiter elektrifizieren. Wir wollen Schienenanschlüsse für große Gewerbegebiete (wieder)herstellen und mit Umschlagplätzen für Lkw kombinieren. Dazu müssen wir öffentliche Flächen sofort sichern – sie dürfen nicht umgewidmet werden. Das Land fördert neue Zentren für den kombinierten Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten mit Bahn und elektrischen Transportern. Weil Batterien über lange Distanzen für große Lkw noch nicht geeignet sind, setzen wir uns für die Entwicklung von Lkw-Oberleitungen auf Grundlage eines Konzeptes mit der Logistikbranche ein. Die sogenannte „letzte Meile“ kann dabei mit Batterien oder Brennstoffzellen gefahren werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für den Oberleitungsausbau auf

	Autobahnen und wichtigen Bundesstraßen ein. So kann der Straßengüterverkehr schnell elektrifiziert werden. Die europäischen Emissionsziele für Lkw sehen wir auch für unsere Region als bindend an. Wir unterstützen alle entsprechenden Initiativen auch auf Bundesebene. Wir werden uns weiter vehement dafür einsetzen, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege zu verlagern. Die ambitionierten Vorschläge des „Gutachtens zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die Wasserwege“ des Verkehrsministeriums wollen wir dazu mit Nachdruck umsetzen. Um Regionen und Städte zu versorgen, eignen sich City-Logistikzentren. Hier werden die Frachtgüter auf elektrische Lieferwagen, Lastenräder und -Pedelecs umgeladen. Auch die Einrichtung von Mikrodepots für Pakete und Päckchen nach dem Vorbild von Hamburg und Berlin wollen wir unterstützen.

Energieleitplanung und Energieversorgung

Frage	Antwort
Wie soll der Energieverbrauch in der Region vermindert werden und wie soll der Energiebedarf ökologisch nachhaltig bereitgestellt werden?	Wenn wir die Sektoren Mobilität und Wärmeerzeugung elektrifizieren, so sinkt in vielen Fällen zugleich der Energiebedarf. Denn die elektrischen Alternativen (batterieelektrisches Auto bzw. Wärmepumpe) haben einen um Vielfaches höheren Wirkungsgrad als die fossilbetrieben Verbrennungsmotoren bzw. Heizungen. Statt von klimaschädlichen fossilen Energien abhängig zu sein, wollen wir klimafreundliche Wärme und Strom im eigenen Land produzieren. Das zukunftsfähige Fundament für die Versorgung mit Erneuerbaren Energien besteht aus der Kombination von Sonnen- und Windkraft. Beide Energiequellen ergänzen sich gut und sind auch bei steigendem Bedarf noch ausbaubar. In dieser Kombination werden wir eine sichere Versorgung mit Erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung unserer Industrie ermöglichen, ebenso durch einen konsequenten Netzausbau. Wir werden konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie naturverträglich auszubauen. Die jetzigen ambitionierten Ausbauziele werden wir noch erhöhen müssen, um unseren Beitrag zum Erreichen des Klimaziels zu leisten. Für eine entsprechend ambitionierte Klimapolitik wollen wir im Land werben.
Wie stellen Sie sicher, dass bei privaten und öffentlichen Neubauprojekten Nah- und Fernwärmenutzung möglich ist, oder dass Ladestationen für E-Mobilität vorhanden sind?	Den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wollen wir durch die Erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz kompensieren. Industrielle Abwärme wollen wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe nutzen. So kann sie z. B. in die Nah- und Fernwärmenetze eingespeist werden.

Ausbau regenerative Energien

Erläuterungen BUND *Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie sind mögliche regenerative Energieträger der Region. Wir können damit die fossilen Energieträger ersetzen. Trotzdem gibt es Vorbehalte.*

Frage	Antwort
Was tun Sie dafür, dass der Ausbau von PV- und Solarthermie weiter vorangetrieben wird?	Wir werden alle Freiflächen, landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen. Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln einsetzen. Wir Grüne haben in der Landesregierung den Einstieg in die Photovoltaik-Pflicht durchgesetzt. Im nächsten Schritt wollen wir diese Pflicht auf neue Wohnhäuser sowie Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Auch alle weiteren Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen, um die Kraft der Sonne in unsere Stromnetze zu bringen: Wir wollen auch Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, sogenannte Agro-Photovoltaik, ausbauen.
Wie können wir art- und naturverträglich Windenergie ausbauen? Und was antworten Sie professionalisierten Bewegungen wie „Vernunftkraft“, die zwar eine „vernünftige Energiepolitik“ proklamieren, sich dann aber meist als Gegner der Windenergie-Projekte definieren?	Wir werden konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie naturverträglich auszubauen. Die jetzigen ambitionierten Ausbauziele werden wir noch erhöhen müssen, um unseren Beitrag zum Erreichen des Klimaziels zu leisten. Den Erneuerbaren Energien muss etwa zwei Prozent der Landesfläche zur Verfügung gestellt werden. Es gibt bereits Vorschläge, wie dies rechtssicher geregelt werden kann (z.B. von der Stiftung Klimaneutralität). Die Energiewende wird für Veränderungen sorgen – Windkrafträder werden noch mehr als heute zum Landschaftsbild gehören. Hier ist es wichtig, die Menschen zu beteiligen und mitzunehmen. Sollten wir unseren Energiebedarf künftig auf andere Weise decken können, lassen sich Windkraftanlagen zudem vergleichsweise einfach zurückbauen. Im Gegensatz dazu wird „kein Windkraftausbau“ auch zu einer Veränderung führen – allerdings zu einer, bei der wir alle kein Mitspracherecht mehr haben werden: Denn mit der Physik der Klimakrise lässt sich nicht verhandeln. Dies ist unsere Botschaft an die Bewegungen, die sich gegen einen Windkraftausbau aussprechen.
Geothermie, insbesondere Tiefen-Geothermie, stellt im Bereich des Rheingrabens eine noch wenig genutzte Energiequelle dar. Wie könnte eine Nutzung aussehen? Wie könnte die Wärme (Transit über den Schwarzwald) verteilt werden und wie gehen Sie mit	Prinzipiell lassen sich aus dem baden-württembergischen Untergrund extrem große Mengen Energie bereitstellen. Entsprechend kann die tiefe Geothermie grundsätzlich einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende leisten. Mit der errichteten Anlage erreicht die Wärme allerdings noch nicht die Endverbraucher*innen. Damit wir die tiefe Geothermie verwenden können, ist die Frage zentral, in welchem Umfang wir künftig die Wärmenetze ausbauen. Dabei gilt es, über regionale

möglichen Schäden bei Bauwerken um?	Strukturen hinauszudenken und Wärmenetze zu verknüpfen. So können die Anlagen effektiv und effizient betrieben werden. Wenn wir für die Wärmeverteilung die Voraussetzungen schaffen, ist das Potenzial der tiefen Geothermie groß. Zunächst gilt es, in Baden-Württemberg erste Großprojekte zu errichten, die die erfolgreiche Anwendung deutlich machen. Es ist zu hoffen, dass auch die Kommunen dann künftig die tiefe Geothermie verstärkt in ihre Wärmeplanung aufnehmen. Wärmenetze haben den Vorteil, dass gleichzeitig viele Haushalte auf eine erneuerbare Wärmeversorgung umgestellt werden können. Eine konkrete Energiemenge für die tiefe Geothermie zu nennen, ist beim jetzigen Ausbaustand aber schwierig. Klar ist: Das theoretische Potenzial ist sehr groß.

Klimaanpassungsstrategie

Erläuterungen BUND *Im Dezember 2020 warnt die UNO, dass die globale Erwärmung auf mehr als drei Grad zusteuert. Das sind Mittelwerte aus Land- und Meeresflächen. Für Landflächen bedeutet eine durchschnittliche Erwärmung von 3 Grad, dass es deutlich wärmer wird als 3 Grad. Aktuell haben wir eine durchschnittliche Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit von knapp 0,87 Grad erreicht. Über Landflächen liegt die Zunahme weltweit betrachtet aber bereits 1,53 Grad, so die dpa.*

Frage	Antwort
Was sind Ihre Anpassungsstrategien in Bezug auf Hitzestress? Wie schützen Sie Städte wie Pforzheim, die schon heute unter sommerlichen Hitzeperioden leiden?	Grundsätzlich sind dies eine kommunale Aufgabe. Das baden-württembergische Umweltministerium hat aber 2020 einen Monitoringbericht zur Anpassungsstrategie an den Klimawandel herausgebracht. Darin sind konkrete Maßnahmen genannt. Zudem unterstützt das Land die Kommunen über das Programm „Klimapass“ bei ihren Maßnahmen.
Kaltluftschneisen werden in Zukunft noch wichtiger werden. Wie schützen Sie solche Bereiche vor Bebauung?	Auch hier hat das Land kein Durchgriffsrecht. Es gibt lediglich die Empfehlung an die Kommunen, im Rahmen der Bebauungspläne Kaltluftschneisen in die Planung einfließen zu lassen.

Mobilitätswende

Erläuterungen BUND: *Die Mobilität im Nordschwarzwald ist, wie in anderen ländlichen Gebieten auch, auf das eigene Auto ausgerichtet. Ohne eine Mobilitätswende wird die Klima- und Energiewende nicht gelingen.*

Frage	Antwort
Innerorts Tempo 30, außerorts Tempo 80 und maximal Tempo 120 auf Autobahnen/autobahnähnlichen Straßen. Die Beförderungskapazität einer Straße wird durch eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht verändert, da die „Sättigungsverkehrsstärke vom zeitlichen Abstand der fahrenden	Ja, denn der Straßenverkehr fordert zu viele Tote und Schwerverletzte, insbesondere wegen nicht angemessener und überhöhter Geschwindigkeit. Unsere Handlungsmaxime ist die Vision Zero: Niemand soll im Straßenverkehr sterben. Dabei ist klar: Ohne Tempolimits werden die Opferzahlen nicht sinken. Daher setzen wir uns gemeinsam mit vielen Bürger*innen für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Kilometern pro Stunde (km/h) auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h als Regelgeschwindigkeit innerorts ein. Wir werben für mehr

Kraftfahrzeuge abhängt“. (UBA) Vorteile neben weniger Energieverbrauch sind: weniger Lärm durch verminderte Rollwiderstände, flüssigeres Verkehrsaufkommen und kein Überholdruck von LKW auf Landstraßen. Werden Sie sich dafür einsetzen und was wollen Sie erreichen?	Achtsamkeit und Rücksicht aller Verkehrsteilnehmer*innen und wollen Verstöße konsequent ahnden. Damit Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können und früh lernen, sich selbständig im Straßenverkehr zu bewegen, werden wir die Erstellung von Geh- und Radschulwegplänen zur Pflicht machen. Außerdem setzen wir uns für den verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten in Lkw ein.
Tempo 30 für E-Bikes bei gleichzeitiger Anpassung des Tempolimits innerorts auf 30 km/h. E-Bikes stellen das Verkehrsmittel der Zukunft für den Nahverkehr dar, oder sind es bereits. Eine Nivellierung auf Tempo 30 aller Verkehrsteilnehmer innerorts würde den Verkehrsfluss weiter verbessern und gefährliche Überholvorgänge rechtlich (faktisch) ausschließen. Werden Sie sich dafür einsetzen?	Ja, wir setzen wir uns gemeinsam mit vielen Bürger*innen für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts ein.
Wir brauchen bessere Radverbindungen ohne dabei mehr Flächen zu verbrauchen. Die Stärkung des Radverkehrs muss daher zwangsweise auf Kosten (Raumangebot) anderer Verkehrsmittel wie dem MIV erfolgen. Werden Sie sich dafür einsetzen?	Auf sicheren Wegen oder durch Parks mit Rad oder Pedelec zu fahren und zu Fuß zu gehen – das macht nicht nur Spaß, es ist auch gesund und emissionsfrei. Unser Ziel: Bis 2030 soll jeder zweite Weg aktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Das kann nur gelingen, wenn der nicht-motorisierte Verkehr in unseren Innenstädten und Stadteilzentren Priorität bekommt. Die erfolgreiche Radstrategie des Landes muss auch weiterhin konsequent umgesetzt werden. Das heißt: mehr und sichere Rad- und Radschnellwege. Wir setzen uns dafür ein, bis 2030 mindestens 30 Radschnellverbindungen mit vordringlichem Bedarf zu realisieren. Zudem wollen wir die Radstrategie um eine Fußverkehrsstrategie ergänzen. Sie soll auf den vorhandenen guten Projekten aufbauen und mit den Bürger*innen und relevanten Akteur*innen erarbeitet werden. Wir fördern nicht nur Fahrradstellplätze und -Parkhäuser an allen Bahnhöfen, sondern ebenso Sammelgaragen in bestehenden Wohngebieten, auch als Fahrradboxen am Straßenrand. Die Zahl der Bike-and-Ride-Stellplätze wollen wir im Land mit 100.000 zusätzlichen sicheren Stellplätzen verdoppeln.
Einen Großteil unserer öffentlichen Flächen verlieren wir aktuell für das Parken. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass: • nur noch maximal 9 Parkplätze ebenerdig angelegt werden dürfen und dass bei 10 oder mehr Parkplätzen eine mehrgeschossige und	Wir wollen attraktive Städte, die zum Verweilen im öffentlichen Raum einladen. Nicht nur in den Stadtzentren soll es schattige Plätze für Kommunikation, Spiel und Erholung geben. In den Stadtzentren wollen wir sogenannte verkehrsberuhigte Begegnungszonen einrichten, in denen alle Verkehrsteilnehmende gleichberechtigt sind. Aus Parkplätzen sollen ökologisch wertvolle Freiflächen werden. Verbindende Fußwege werden ausgebaut und Wohnquartiere vom Durchgangsverkehr befreit. Das schafft mehr Aufenthaltsqualität!

effiziente Parklösung realisiert werden muss? • Parkgebühren überall im öffentlichen Raum erhoben werden? • der Stellplatzschlüssel in der Bauverordnung reduziert wird?	Wir unterstützen Initiativen darin, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z.B. für Nachbarschaftsfeste, Begegnungsräume, Sport, Aktionen, Cafés, Märkte, temporäre Spielstraßen, Pop-up-Radwege und vieles mehr. Genehmigungsverfahren dafür wollen wir vereinfachen und vergünstigen. Wir unterstützen Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen und fördern dies. Dabei kommt einer Parkraumbewirtschaftung eine zentrale Bedeutung zu. Wir wollen für die Kommunen den Rechtsrahmen setzen, damit sie für das Anwohnerparken nicht mehr nur Verwaltungsgebühren erheben dürfen.

Abfall & Plastik

Erläuterungen BUND: *Weil Plastik kaum verrottet und über die Nahrungskette in Pflanzen, Tiere und Menschen gelangt, gilt der Werkstoff vielen Umweltforschern mittlerweile als ebenso große Gefahr für das Ökosystem Erde wie das Treibhausgas Kohlendioxid. Von alleine lösen wird sich das Problem nicht – im Gegenteil: Weltweit wird immer mehr Plastik produziert. Im Jahr 2015 waren es laut dem Kunststoffhersteller-Verband Plastics Europe 322 Millionen Tonnen und damit fast siebenmal so viel wie Mitte der 1970er Jahre. Schätzungen zufolge wird mindestens ein Viertel der weltweiten Kunststoffproduktion für Verpackungen benötigt, und diese landen früher oder später in der Tonne – auch in Europa: In der EU hat der Plastikverpackungsmüll von 2005 bis 2015 um 12 Prozent zugenommen – in Deutschland sogar um 29 Prozent. (iwd-de). Das Müllaufkommen in Baden-Württemberg beträgt pro Jahr ca. 50,7 Millionen Tonnen. Je Einwohner fallen im Jahr rund 220 kg Verpackungsmüll an. „Ziel politischer Maßnahmen muss die Abfallvermeidung sein. Für den unvermeidbaren Abfall muss eine möglichst geschlossene Kreislaufwirtschaft eingeführt werden, die die heimischen Ressourcen nutzt, die Abhängigkeit von globalen Warenströmen reduziert und Wertschöpfung im Land hält.“ (BUND & NABU)*

Frage	**Antwort**
Welchen Lösungsansatz verfolgen Sie zur Nutzung von bereits vorhandenem Müll (vor allem Plastik, Deponien, Kläranlagen) und zur Müllreduktion?	Wir unterstützen die Kommunen finanziell dabei, die ökologische und regionale Abfallverwertung auszuweiten. Wir wollen eine Recyclingstrategie entwerfen, so dass eine Kreislaufwirtschaft entsteht und die Rohstoffe am Ende der Lebensdauer von Geräten nicht im Müll landen. Zusätzlich wollen wir die Rohstoffgewinnung und die Arbeitsbedingungen entlang der IT-Wertschöpfungskette in den Blick nehmen und Ansätze fördern, die fair produzierte und reparierbare Geräte entwickeln. Den Großteil der Kläranlagen wollen wir mit der vierten Reinigungsstufe ausstatten, um Arzneimittelrückstand und andere Chemikalien aus unseren Gewässern fernzuhalten.
Für die Recycling-Quote sind sortenreine Abfälle entscheidend. Wie wollen Sie in Bezug auf Plastikabfälle, Verbundstoffe in der Automobil- und Industriebrache und bei Baustoffen eine Verbesserung der Quote erreichen?	Bei den Landesliegenschaften haben wir hohe Standards bei Baustoffen und legen großen Wert auf regionale und nachhaltigen Baustoffe. Wir sanieren mit kreislaufgerechten Materialien. Wir wollen die Holzbauoffensive fortführen und nachhaltige Bauweisen unterstützen. Wir fördern Recycling-Beton und führen eine Recycling-Beton-Quote für Neubauten des Landes ein.

	Der Massivbau muss bis spätestens 2030 komplett auf kreislauffähige und klimaneutrale Bauweisen umgestellt haben. Wir setzen uns für die Entwicklung eines Katasters für Materialien ein. Damit können Gebäude als Rohstofflager und Städte als Rohstoffminen geplant und genutzt werden. Sanierungsförderprogramme koordinieren wir zentral und sorgen für die ganzheitliche Betrachtung nach den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens. Dazu gehört auch, alle Ressourcen- und Energieflüsse zu betrachten. Unsere Industrie- und Konsumgüter sollen so produziert werden, dass sie gut recycelt werden können. Recycling ist mehr als nur gebrauchte Güter zu demontieren. Mit einer digitalisierten Recyclingfabrik senken wir den Ressourcenverbrauch und steigern die Versorgungssicherheit. Dabei knüpfen wir an die Kompetenzen unserer Hochschulen und Unternehmen an und schließen eine Lücke im Markt. Die Wiedergewinnung von kritischen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt, Nickel, Mangan und Seltenen Erden steht dabei besonders im Fokus. Wir entwickeln mit Hochschulen und Unternehmen die digitalisierte Recyclingwirtschaft Baden-Württemberg. Unsere Hochschulen unterstützen mit Forschung, Lehre und Weiterbildung ein recyclinggerechtes Konstruieren im Maschinenbau, im Fahrzeugbau, in der Kunststofftechnik und im Bauingenieurwesen.

Bildung

Frage	Antwort
Im Umweltmanagement wird oft der Kopf-Herz-Hand-Ansatz dargestellt. Bildung gilt als zentraler Baustein im Umwelt- und Klimaschutz. Mit welchen Ideen möchten Sie das Thema Natur-, Umwelt und Klimaschutz in der Schulpolitik weiter verankern/voranbringen?	Wildnis- und Naturbildung sowie die Vermittlung von Artenkenntnissen wollen wir in Schulen, Hochschulen sowie in außerschulischen Einrichtungen weiter stärken. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir die Stadtnatur weiter fördern. Dazu gehören Naturerfahrungs- und Naturerlebnisräume in Großstädten, die naturnahe Bewirtschaftung von Grünflächen und Parks sowie Kooperationen mit Wald- und Naturkindergärten. Wir haben eine bundesweit bisher einmalige Initiative zur Stärkung von Artenkenntnis auf den Weg gebracht. Aktuell wird ein Kompetenzzentrum für Biologische Vielfalt und Taxonomie (KomBioTa) an der Universität Hohenheim, dem Naturkundemuseum sowie der Umweltakademie aufgebaut. Hier soll das Thema Artenkenntnisse an Studierende, Lehrer*innen und ehrenamtlich Engagierte verstärkt vermittelt werden. Auf Anregung von uns Grünen werden hier mit rund zwei Millionen Euro pro Jahr auch dauerhafte Strukturen für Professuren und weitere Expert*innen geschaffen. Im Rahmen dieser Initiative sollen auch in der Umwelt-Akademie die Angebote zur Artenkenntnis bzw. zum Artenschutz ausgebaut werden. Dazu gehören konkrete Artenschutzprojekte, an denen interessierte

	Bürger*innen teilnehmen können (sogenannte citizen science-Programme). Darüber hinaus wollen wir Artenkenntnisse und Ökologie noch stärker in den Bildungsplänen verankern.
Klimawandel und Artensterben nehmen zunehmend Fahrt auf. Viele Erwachsene sind in einer Zeit aufgewachsen, in der der beides noch weniger präsent war. Wie wollen Sie diese Menschen erreichen?	Zum einen ist hier eine sachliche Berichterstattung über die Medien wichtig. Zum anderen setzen wir auf Bildung für nachhaltige Entwicklung – und zwar nicht nur in den Schulen. Vielmehr gibt es schon jetzt Angebote für alle Altersgruppen. Beispielsweise fördert das Land die Umweltakademie Baden-Württemberg, die Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen hat. Auch das Nationalparkzentrum macht Angebote für alle.

Beteiligung

Frage	Antwort
Eine Mitnahme der Bevölkerung ist mehr als nur eine Informationsweitergabe. Was verstehen Sie unter Beteiligung und wie wollen Sie den Dialog zwischen der Bürgerschaft, der Politik, der Verwaltung und den Akteuren auf gleicher Augenhöhe gestalten?	Wir Grüne stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Transparenz. Diese Politik haben wir als grün-geführte Landesregierung erfolgreich mit Leben gefüllt: Mit dem Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung haben wir eine in Deutschland einmalige Stelle geschaffen. Baden-Württemberg ist bundesweite Spitze in Sachen Bürgerbeteiligung und hat bei der direkten Demokratie sehr stark aufgeholt. Unsere Bürger*innen haben vielfältige Möglichkeiten, ihre Meinungen zu äußern. Auf unserem Online-Beteiligungsportal können sie zu Gesetzesvorhaben Stellung nehmen und ihre Interessen deutlich machen. Die Bürger*innen wollen bei Großprojekten umfassend beteiligt werden – und der Planungsleitfaden verpflichtet die Landesverwaltung dazu. Wir haben die gesetzlichen Grundlagen für Volksabstimmungen verbessert und die informelle Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturprojekten eingeführt. Die Bürger*innen können nun in den Städten und Gemeinden auch über die Bauleitplanung abstimmen – und damit über das wichtigste Planungswerkzeug der städtebaulichen Entwicklung einer Kommune. In zahlreichen Projekten haben wir Bürgerbeteiligungen umgesetzt – und damit beispielsweise Konflikte bei der Planung des Nationalparks Schwarzwald oder der neuen Justizvollzugsanstalt Rottweil gelöst. Wir fördern lokale Projekte und bringen so die Bürgerbeteiligung zu konkreten Themen ins Land. Wir werden unseren Weg der Politik des Gehörtwerdens beherzt weitergehen. Wir wollen die Bürgerbeteiligung auf Landesebene und vor Ort in den Kommunen weiter stärken und den Bürger*innen näherbringen. Dazu gehört auch die Einführung von direktdemokratischen Elementen auf Landkreisebene. Wir wollen künftig bei wichtigen Gesetzen und politischen Vorhaben Bürger*innenräte aus zufällig ausgewählten Bürger*innen

	beteiligen. Um die Ideen, Anliegen und Sorgen der Bürger*innen noch besser einbeziehen zu können, wollen wir zu Beginn der kommenden Legislaturperiode ein landesweites Bürger*innenbeteiligungsverfahren ähnlich der Grand Débat in Frankreich durchführen. Dabei wollen wir mit den Bürger*innen über ihre Vision für Baden-Württemberg 2030 ins Gespräch kommen. Wir wollen darüber diskutieren, wie wir gemeinsam die großen Herausforderungen der Zeit gestalten – vom Klimawandel über die Digitalisierung bis hin zum wirtschaftlichen Strukturwandel. Den Gemeinden wollen wir es ermöglichen, sich eine Beteiligungssatzung zu geben. Zudem sollen informelle Beteiligungsverfahren in die Gemeindeordnung aufgenommen und der Einwohnerantrag vereinfacht werden. Wir wollen das Volksabstimmungsgesetz weiterentwickeln und die Hürden von Volksbegehren und Volksabstimmungen weiter senken. Den Volksantrag wollen wir so ausbauen, dass Beteiligungsprozesse aktiv eingefordert werden können. Auch Internet-Formate der Beteiligung werden wir erweitern und ein Online-Vorschlagswesen entwickeln, in dem Bürger*innen mit wenigen Klicks Vorschläge zu Themen der Landespolitik einbringen können.
Umweltverbände setzen sich mit einem hohen Maß an Ehrenamtsarbeit für den Natur- und Umweltweltschutz ein. Sie fragen kritisch nach und helfen so mit, Fehlplanungen frühzeitig zu erkennen. Sie teilen ihre Expertise beispielsweise im Forst, wenn es darum geht, Habitatbäume zu finden. Wie wollen Sie diese Leistung für die Gesellschaft honorieren und in Wert setzen?	Mit der Engagementstrategie Baden-Württemberg hat die grün-geführte Landesregierung eine Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht. Wir Grüne wollen erreichen, dass sich alle Menschen engagieren können – unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir wollen noch mehr Menschen für das Ehrenamt begeistern und das bürgerschaftliche Engagement noch besser würdigen. Dafür werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Wir werden unnötige bürokratische Hürden, die viel Zeit und Verwaltungsarbeit auffressen, abbauen. Die Vernetzung der Ehrenamtlichen soll gestärkt werden, um die Möglichkeiten für den Austausch von Wissen und Erfahrung zu verbessern. Gutes Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung. Wir werden mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Engagierte schaffen und zudem eine Ehrenamtskarte einführen. Sie soll den Ehrenamtlichen einen praktischen Nutzen bieten und ihnen ein paar wohlverdiente schöne Stunden ermöglichen – beispielsweise beim kostenfreien Besuch von Kultureinrichtungen. Im Bund werden wir uns außerdem für eine höhere steuerfreie Aufwandspauschale einsetzen.